

BILDUNGSKURIER

MAGAZIN DER LANDESBILDUNGSORGANISATION DER SPÖ OÖ • NR. 2 • 68. Jg, JUNI 2016

SPÖ OÖ-Info-Nr. 2/2016 • GZ 02Z032837 M • P.b.b. • Erscheinungsort Linz • SPÖ OÖ, 4020 Linz, Landstraße 36/1

Zukunft:

Ziele setzen und
den Kurs halten

Seite 6

Oberösterreich:

Stimmen zum
Umbruch

Seite 10



SPÖ braucht Visionen

WIR SCHAFFEN MEHR WERT.

HYPO
OBERÖSTERREICH

  www.hypo.at

Tel. 0732 / 76 39 DW 54452, vertrieb@hypo-ooe.at

Entgeltliche Einschaltung

**power
SPEED**
das Glasfasernetz der Energie AG

Power trifft Speed. Das Glasfasernetz der Energie AG Telekom.

Sichern Sie sich das schnellste Internet im Land!
Nicht nur Stefan Spiessberger, Oberösterreichs erfolgreichster Kitesurfer, glänzt mit Super-Speed: Auch die Energie AG Telekom treibt den Ausbau des lichtschnellen Glasfasernetzes in Oberösterreich rasch voran. Mittels FTTH (Fiber To The Home) ermöglichen wir jetzt auch Ihnen Internet, TV und Telefonie in höchster Qualität.

Ob powerSPEED in Ihrer Region schon verfügbar ist, erfahren Sie unter www.power-speed.at sowie unter unserer Info-Hotline 05 9000 2999.

Stefan Spiessberger
Kitesurfer-Weltrangliste: 9.
Mitglied der Energie AG-
Sportfamilie
© GEPA PICTURES

WIR SIND
da, wo Sie
DAHEIM
sind.

ENERGIE AG
Telekom

Wir denken an morgen

www.power-speed.at

Neustart in der Landespartei

BERND DOBESBERGER • CHEFREDAKTEUR



Es ist dann ziemlich schnell gegangen: Zuerst hat sich die Suche nach einem/einer neuen Parteivorsitzenden bzw. nach einem neuen Landesregierungsmitglied ziemlich gezogen. Anfang Juni ist es schnell gegangen. Weit nach Redaktionsschluss dieser Ausgabe des Bildungskurier hat der Landespartei Vorstand Birgit Gerstorfer – die bisherige Landesgeschäftsführerin des AMS Oberösterreich – für beide Funktionen designiert. Mehr zu ihr, zu ihren Plänen und Vorstellungen in der kommenden Ausgabe des Bildungskurier.

Diese wichtige Personalentscheidung ist in mehrfacher Hinsicht ein positives Signal. Erstens ist es ein Zeichen an die Frauen und an die Männer in Oberösterreich. Das jenseitige Bild einer rein männlich besetzten Landesregierung ist damit durch die Sozialdemokratie überwunden. Und Birgit Gerstorfer ist auch als erste weibliche Vorsitzende der Landespartei ein gutes Zeichen. Ein zweites Signal geht von

„Birgit Gerstorfer:
In mehrfacher Hinsicht
ein positives Signal!“

dieser Weichenstellung aus, weil die neue Landesrätin und Parteivorsitzende viel Erfahrung und Wissen im Gebiet der Arbeitsmarktpolitik mitbringt, denn die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit muss für die SPÖ eine zentrale Aufgabenteilung werden. Ein weiteres Signal geht von der Entscheidung aus, da Birgit Gerstorfer nicht aus den Zirkeln der Partei kommt und damit das Überwinden von ermüdenden und unproduktiven Routinen der Parteiarbeit leichter möglich wird.

Trotz dieser – und weiterer – positiven Aspekte ist die Aufgabe für Birgit Gerstorfer eine sehr herausfordernde und die personelle Entscheidung alleine noch keine Garantie für eine andauernde Verbesserung der Lage der Sozialdemokratie. Dazu braucht es die Mitarbeit der Funktionäre und Funktionärinnen, das Einbinden der Mitglieder und das aktive Ansprechen der Wähler und Wählerinnen. Die Bildungsorganisation der SPÖ Oberösterreich wird dazu ihren Beitrag leisten!

Inhalt

- 4 Europa:** Karl Duffek beleuchtet den Weg der Sozialdemokratie in Europa.

- 6 Partei:** Wie entscheidend die richtigen Ziele für die Partei sind, beschreibt Eva Maltschnig.

- 7 Gesellschaft:** Kritik am schwarz-blauen Regierungsprogramm in Oberösterreich kommt von Fiona Kaiser.

- 8 Programm:** Über Stil und Inhalt der neuen sozialdemokratischen Politik schreibt Georg Hubmann.

- 10 Diskussion:** Spitzenvertreter der SPÖ Oberösterreich beleuchten die aktuelle Lage der Partei.

- 12 Partei:** Bernd Dobsberger analysiert den Kanzler-Wechsel.



Medieninhaber, Herausgeber, Verleger: Sozialdemokratische Partei Österreich, Landesorganisation – Landesbildungsausschuss, 4020 Linz, Landstraße 36/1
Tel: 05-77 26 11-16, annemarie.obermueller@spoe.at, www.renner-institut-ooe.spoe.at
Redaktion: Bernd Dobsberger, Georg Hubmann, Wolfgang Kempfner, Michael Lindner, Gerald Mitterlehner, Annemarie Obermüller, Peter Rohrmoser
Grundsätzliche Richtung: sozialdemokratisch • **Hersteller:** Gutenberg-Werbering Ges.m.b.H.
Nr. 02/16, März, SPÖ OO-Info-Nr. 2/2016, GZ 02Z032837 M, P.b.b. Erscheinungsort Linz, SPÖ OO, 4020 Linz, Landstraße 36/1

Gedruckt nach der Richtlinie „Druckerzeugnisse“ des österreichischen Umweltzeichens, Gutenberg-Werbering GmbH, UW-Nr. 844



klimaneutral gedruckt
CP IKS-Nr.: 53401-1603-1037

Wege aus der Krise

Gedanken zur Lage der europäischen Sozialdemokratie.

KARL DUFFEK

Der neue österreichische Bundeskanzler und baldige SPÖ-Vorsitzende Christian Kern hat es zum Amtsantritt auf den Punkt gebracht. Die Situation für die Sozialdemokratie ist dramatisch. Wenn es nicht gelingt, sehr rasch wieder Tritt zu fassen, sich von leerer Floskelhaftigkeit zu verabschieden und ein neues Projekt aufzusetzen, das glaubwürdig, offen und zukunftsorientiert ist, droht die Sozialdemokratie in der Bedeutungslosigkeit zu versinken.

„Das Kopieren populistischer Politik ist jedenfalls kein gangbarer Weg.“

Gleiches gilt für die gemäßigte Rechte, das ist aber ein sehr schwacher Trost. Die europäischen Parteien der Mitte verlieren – auch unabhängig davon, ob sie Regierungsverantwortung tragen oder in Opposition sind. Wenn populistische Strömungen am Rande des politischen Spektrums massiven Zulauf erfahren, dann muss das zu denken geben, immerhin gibt es diese Entwicklung nicht erst seit gestern und nicht nur in Österreich. Praktisch ganz Europa ist davon gekennzeichnet. Tendenziell sind es im Süden, etwa in Spanien oder Griechenland, eher linkspopulistische Bewegungen, im Norden eher die Rechten, die wachsen.

Besonders schlüssige Strategien konnte die Sozialdemokratie dem bislang nicht entgegensetzen. Weder die rechte Variante wie in der Slowakei, noch die linke wie in Großbritannien zeitigt Erfolge. Der Sieg des Labour-Kandidaten bei den Wahlen in London ist deshalb keine Ausnahme, weil er anderen, eben nicht-populistischen Faktoren geschuldet ist.

Demokratie angezählt

In Polen und in Ungarn, aber auch in Griechenland hat sich die Sozialdemokratie in derartigem Maße selbst diskreditiert bzw. vernichtet, dass sie irrelevant geworden ist. Die beiden erstgenannten Länder zeigen übrigens auch, dass Demokratisierungsprozesse reversibel sind. In beiden Ländern regieren Parteien, deren rechtsstaatliches Verständnis allenfalls rudimentär ist. Das Gegengewicht einer starken Sozialdemokratie fehlt hier besonders.

In Schweden dümpelt die Arbeiterpartei bei Umfragedaten knapp über zwanzig Prozent dahin, in Deutschland liegt die SPD bei noch geringeren Werten. In Frankreich ist Francois Hollande der unbeliebteste Präsident in der Geschichte der Fünften Republik.

Allerdings lohnt ein genauer Blick auf die jüngsten Landtagswahlen in der BRD und eine entsprechende Differenzierung. Den katastrophalen Ergebnissen in Sachsen-Anhalt und Baden-Württemberg steht ein Wahlsieg von Malu Dreyer in Rheinland-Pfalz gegenüber. Das hat mit Dreyers sympathischer Ausstrahlung zu tun, mehr aber noch mit einer Haltung, die sich ebenso

DER AUTOR:

Karl Duffek ist Direktor des Renner-Institutes in Wien und leitet die Abteilung für Europäische und internationale Politik.



authentisch wie politisch konsequent präsentiert. In der Flüchtlingsfrage hat Dreyer ihre politische Positionierung im Wahlkampf nicht verändert, sondern bis zum Schluss durchgehalten. Bei ihr wusste man, woran man ist. So wie übrigens zu den Landtagswahlen in Wien bei Bürgermeister Häupl.

Sozialdemokratie uneins

Die Frage der Fluchtbewegungen nach Europa hat die Probleme der Sozialdemokratie insofern verschärft, als mehrere Schwenks den Bürgerinnen und Bürgern keine Klarheit darüber vermitteln, wofür die Sozialdemokratie steht. Zudem ist in diesem Zusammenhang einmal mehr sichtbar geworden, wie widersprüchlich die Positionen der europäischen Sozialdemokratien in politischen Kernfragen sind. Es ist müßig, engere Abstimmung und gemeinsames Vorgehen auf europäischen Ebene zu fordern. Wenn zwischen der Nichtbereitschaft, Geflüchtete überhaupt aufzunehmen und einer offenen Haltung Welten liegen, ist ein solches Zusammenrücken äußerst unrealistisch. Dann ist es auch kein Zufall, wenn sich die Unzufriedenheit mit der Unfähigkeit, zu einer gemeinsa-

men Lösung auf EU-Ebene zu kommen, auch auf die Wahrnehmung der Sozialdemokratie überträgt.

Es empfiehlt sich ein Blick auf die politische Realität auf unserem Kontinent. Gemeinsame europäische Lösungen sind aufwändig zu erkämpfen. Bei verhärteten Fronten, eben auch innerhalb der Sozialdemokratie, sind sie, zumindest derzeit, nicht zu erreichen. Gebetsmühlenartige Beschwörung solidarischen Verhaltens ist schon deshalb nicht sinnvoll, weil ja klar ersichtlich ist, dass kaum Bewegung zu sehen ist. Da sind wir wieder bei der von Kanzler Kern zu Recht als unerträglich empfundenen Floskelhaftigkeit angelangt.

Kompromisse statt Klarheit

Das kennzeichnet auch viele Papiere der SPE, der europäischen sozialdemokratischen Partei. Nach ausführlichen Diskussionen kommt es zu Beschlussfas-

sungen, die oft einen Mindestkompromiss zum Ausdruck bringen, der ohne politische Schlagkraft bleiben muss. Die europäische Partei ist gerade in Krisenzeiten, die den Rückzug auf nationale Interessen befördern, eben nicht mehr als die Summe der einzelnen Mitgliedsparteien.

Dies ist beileibe keine Absage an das europäische Projekt. Wenn sich aber zu den Gegensätzen – grob gesprochen – zwischen Ost und West jene zwischen Nord und Süd gesellen, ist es für die Sozialdemokratie unerhört schwierig, im Wettstreit der Parteien zu bestehen. Konservativen und Rechtspopulisten fällt es wesentlich leichter, sich auf eine akkordierte Positionierung zu verständigen. Schließlich ist der Anspruch an sie nicht so hoch wie an die Sozialdemokratie, der Menschen ja letztlich auch deshalb angehören, weil sie einfache Antworten auf komplexe Fragen ablehnen.

Um nicht allzu düster zu enden, sei hier die hervorragende Arbeit im Europäischen Parlament erwähnt. Hier gelingt es der sozialdemokratischen parlamentarischen Arbeit, selbst aus einer Minderheitsposition, heraus nicht selten, durch hohe Sachorientierung, Allianzen zu schmieden und gute Ergebnisse zu erzielen. Grundlage dafür ist die hohe Professionalität ebenso wie ein wahrhaft europäisches Engagement.

Macht und Eigeninteressen werden in der Politik immer eine Rolle spielen, vor allem aber geht es um die Absicht, dem Gemeinwesen zu dienen und zu dessen positiver Weiterentwicklung und Veränderung beizutragen. Das mag sich ein wenig utopisch anhören, Utopie gehört aber zum Wesen der Sozialdemokratie. Darauf könnte sie sich vielleicht ein bisschen mehr besinnen.



Die hohe Zahl der Flüchtlinge hat die Probleme der Sozialdemokratie in Österreich und in ganz Europa noch verschärft.

Kurs halten ohne Ziel?

Den Kurs halten und eine klare Linie verfolgen. So klingt es oft, wenn PolitikerInnen ihre Positionen erklären. Doch kann man überhaupt einen Kurs halten, wenn man kein klares Ziel vor Augen hat?

EVA MALTSCHNIG

Wann ist unser Asylrecht eigentlich streng genug? Im vergangenen Jahrzehnt gab es oft Anlass, darüber nachzudenken so wie jetzt – mit dem Resultat einer Notstandsregelung. Ähnlich war es 2005, als die SPÖ den Verschärfungen von Schwarz-Orange ohne Not zustimmte. Oder 2011, als die „Mitwirkungspflicht“ als neue Schikane ins Asylrecht eingebaut wurde.

Politische Taktik

Unter welchen Bedingungen man in Österreich Asyl bekommen soll, darum ging es aber eigentlich nie. Immer war der Hauptgrund zur Verschärfung innenpolitische Taktik und regelmäßig fiel das der SPÖ auf den Kopf. Warum stimmten SozialdemokratInnen für Gesetze, die Abschiebungen gut integrierter Familien wie der Zogajs oder der Komanis, jener achtjährigen Zwillinge, die sechs Jahre ihres Lebens in Österreich verbrachten, rechtfertigten? Wie argumentiert man den Notstand gegenüber den tausenden freiwilligen HelferInnen? Darauf gab es keine gute Antwort, weil die SPÖ ihre Haltung selbst nicht genau kennt.

Ganz anders hat sich die Linie der SPÖ in der Verteilungspolitik entwickelt. Da war es ein Vorstoß von Arbeiterkammer und Gewerkschaft, der als Reaktion auf die Wirtschaftskrise in der Sozialdemokratie eine Trendwende eingeleitet hat. Eine klare Umverteilungspolitik dominiert seit Frühjahr 2010 den Kurs der SPÖ. Der realpolitische Erfolg stellte sich bald ein, die SPÖ konnte Bankenabgabe, Vermögenszuwachssteuer bei Wertpa-

„Sind wir jetzt eigentlich zufrieden, oder muss es noch strenger werden?“

pieren und Immobilien, Einschränkung von Stiftungsprivilegien, Verschärfung der Konzernbesteuerung und die Abschaffung des Bankgeheimnisses für bessere Betrugs-Bekämpfung auch gegen das absolute „Njet“ der ÖVP durchsetzen.

DIE AUTORIN:

Eva Maltschnig

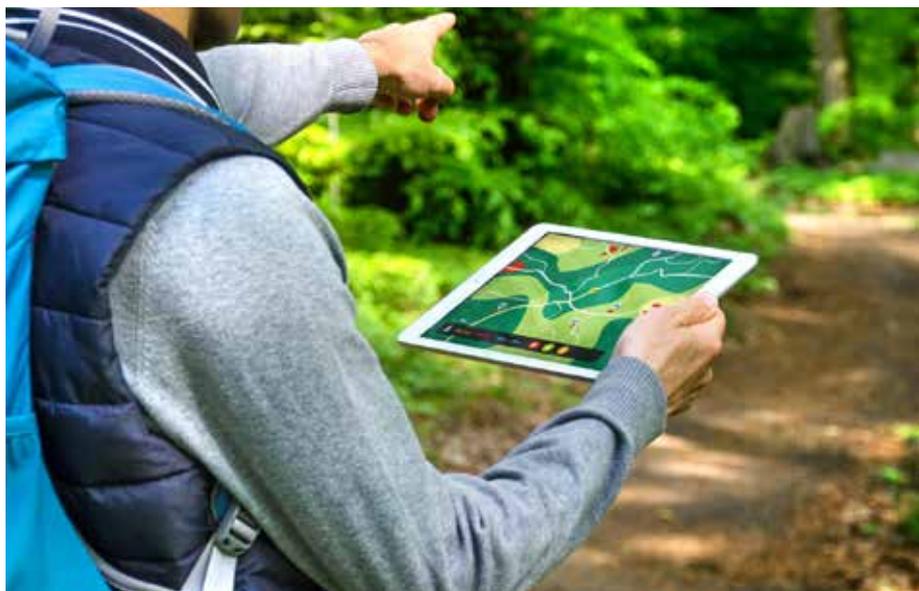
ist Sozioökonomin und Vorsitzende der Sektion Acht der SPÖ Alsergrund in Wien. Diese sieht sich als „sozialdemokratische NGO“, die sich zum Ziel gesetzt hat, die Sozialdemokratie zu repolitisieren und frischen Wind in die Bewegung zu bringen.



Klare Ziele vor Augen

Das Ziel, eine gerechte Verteilung von Vermögen, ist klar. Daran messen wir zum Beispiel auch Erfolg oder Misserfolg einer Steuerreform: Wer zahlt die Entlastung? Schafft man es, die Kosten von den Vermögenden bedecken zu lassen, können wir zufrieden sein.

Die Sozialdemokratie ist nur dann überzeugend, wenn sie eine genaue Vorstellung davon hat, wie sie die Welt verändern möchte. Konservative – das Bewahren steckt schon im Namen – sind mit dem Status Quo meist ganz zufrieden. Die Progressiven brauchen aber die Utopie. SozialdemokratInnen müssen sich die Mühe antun, zu überlegen, wie man dieser Utopie Schritt für Schritt näherkommt. Pragmatisch und konkret die Welt verbessern, das ist ihr Job im politischen Gefüge. Doch dafür braucht die Sozialdemokratie klare Ziele. Die Zielfindung nehmen MeinungsforscherInnen der Partei nicht ab. Diese können zwar WählerInnen fragen, welche Ideen Zuspruch finden und welche nicht. Die Visionen und Ziele zu entwickeln und in die politische Debatte einzubringen ist aber Aufgabe der PolitikerInnen. Das darf in den Reibereien der Tagespolitik nicht aus den Augen verloren werden, denn am Ende ist es die Partei selbst, die ohne Ziele die Orientierung verliert.



Wer den Kurs halten will, muss seine Ziele kennen.

Warum es sich zu kämpfen lohnt

Zu den wirklichen gesellschaftspolitischen Problemen stehen in dem Arbeitsübereinkommen von Schwarz-Blau in Oberösterreich keine Lösungen. Nur ein paar Floskeln und Lippenbekenntnisse lassen sich finden.

FIONA KAISER

Im schwarz-blauen Programm findet sich kein Wort über die Rekordarbeitslosigkeit in Oberösterreich und nichts über Neet-Jugendliche (Menschen, die sich nicht in Ausbildung, Arbeit oder Schulung befinden - in Oberösterreich über 11.000). Dafür wird gefühlte 30mal auf 47 Seiten betont, dass die Wirtschaft nicht behindert werden dürfe, weder durch Umwelt- oder Naturschutz, noch durch Minderung des hohen Energieverbrauchs in der Industrie, durch Reverstaatlichungen, Beteiligungsmodelle der öffentlichen Hand oder EU-Regulierungen.

Die rassistische Schlagseite des Übereinkommens zwischen Schwarz und Blau war natürlich erwartbar. Diese ist allerdings leichter herauszulesen, als die vielen versteckten Bekenntnisse zu Privatisierungen und neoliberalen Kahlschlag. Ein Beispiel dafür ist das Thema Wohnbeihilfe. Anspruchsberechtigt für den Bezug von Wohnbeihilfe sollen

Nicht-EU-BürgerInnen demnach nur sein, wenn sie mindestens fünf Jahre einen Hauptwohnsitz in Österreich haben, außerdem Einkünfte beziehen, die der Einkommenssteuer unterliegen oder aufgrund ihrer Erwerbstätigkeit in die gesetzliche Sozialversicherung eingezahlt haben und nun Leistungen daraus beziehen. Außerdem sollen Nicht-EU-Bürgerinnen innerhalb der letzten fünf Jahre 54 Monate lang diese Einkünfte oder Leistungen bezogen haben, um ein Anrecht auf Wohnbeihilfe zu haben. Auch die Voraussetzung von Deutschkenntnissen wird für die Zuweisung von geförderten Wohnungen gesetzlich verankert werden – wie es bereits in der (nun blau regierten) Stadt Wels gehandhabt wird.

Besonders zynisch wird das Arbeitsübereinkommen dort, wo es von MigrantInnen ein Bekenntnis zu der „christlich-abendländischen Werteordnung als Fundament unserer Gesellschaft“ verlangt

DIE AUTORIN:

Fiona Kaiser (26) ist Landesvorsitzende der Sozialistischen Jugend Oberösterreich und ausgebildete Sozialarbeiterin.



und vor allem „intolerantes Verhalten gegenüber der Gleichstellung von Mann und Frau“ als inakzeptabel bezeichnet. In Anbetracht der Null-Prozent-Frauenquote innerhalb der Landesregierung ist das doch ein starkes Stück.

Durch die neoliberale Schlagseite des schwarz-blauen Arbeitsübereinkommens ist klar, wessen Interessen ÖVP und FPÖ in den nächsten sechs Jahren in Oberösterreich durchzusetzen versuchen – gewiss nicht jene, der lohnabhängigen und arbeitenden Menschen in diesem Land.

Um die drohenden Angriffe auf soziale Standards, auf öffentliches Eigentum und auf die Schwächsten in unserer Gesellschaft abwenden zu können, muss die Sozialdemokratie sich endlich wieder den alltäglichen Problemen und berechtigten Zukunftsängsten großer Teile der hier lebenden Bevölkerung annehmen und gemeinsam Widerstand gegen die vielen Unzumutbarkeiten in Arbeit, Schule und Uni organisieren. Die SPÖ darf die gesellschaftlichen Missstände nicht nur verwalten oder gar negieren. Den momentanen Rechtsruck in Österreich zu beweinen reicht auch nicht aus. Die wichtigste und wirksamste Gegenstrategie gegen rassistische Hetze und rechte Demagogie kann nur eine Politik sein, die darauf abzielt, ein besseres Leben für alle Menschen zu schaffen, einhergehend mit einer konsequenten Bekämpfung von Armut und Arbeitslosigkeit!



Schwarz-blaues Oberösterreich: Keine Lösungen für Jugend ohne Arbeit und Ausbildung.

Neuer Stil, neue Bilder, neues Programm

Turbulent ging es in den vergangenen Wochen zu in der österreichischen Innenpolitik. Jetzt kann man sagen: Österreich bleibt durch weltoffene, an europäischer Zusammenarbeit interessierte Personen an oberster Stelle gut vertreten.

GEORG HUBMANN

Der Wahlerfolg von Alexander van der Bellen war ein wichtiger Schritt. Das für die Sozialdemokratie noch wichtigere Großereignis war aber die Neuaufstellung des SPÖ-Regierungsteams und der Wechsel an der SPÖ-Spitze. Christian Kern wurde als neuer Bundeskanzler angelobt und durch den SPÖ-Bundesparteivorstand als Kandidat für den Parteivorsitz designiert. Beim Bundesparteitag am 25. Juni wird er auch in diese Funktion offiziell gewählt. Damit scheinen die innenpolitischen Weichen bis zum regulären Termin der nächsten Nationalratswahl im Oktober 2018 gestellt. In allen Auseinandersetzungen und Diskussionen rund um beide Entscheidungen war klar, es braucht einen neuen Kurs für Österreich, für die Bundesregierung und auch für die Sozialdemokratie. Dieser Neustart braucht einen neuen Stil, neue Bilder und ein neues Programm.

Neuer Stil

Christian Kern hat bereits in seinen ersten Reden Herausforderungen und Probleme der Zukunft klar angesprochen. Ein neuer Stil ist es, wenn er die vergangene Regierungsarbeit kritisiert und dabei auch so formuliert, wie es vielen Menschen aus dem Herzen spricht. Seine Absage an die Politik der „Machtversessenheit und der Zukunftsvergessenheit“ richtet sich gegen das Hick-Hack der Regierungspolitik in den letzten Jahren. Das zeigt Kritikfähigkeit und Offenheit, denn Missstände und Fehler klar zu benennen, das hat man schon lange von keinem Regierungspolitiker mehr gehört. Christian Kern praktiziert aber auch eine neue Form der Kommunikation, wenn er über eine positive Zukunft spricht und sich dabei nicht hinter Politikersprech und RednerInnenpulten versteckt, sondern als angreifbare Person Stellung nimmt, die klar und verständlich formuliert. Das Zi-

el: „Wir wollen die Hoffnung nähren und nicht die Sorgen und Ängste der Menschen“, trifft hier den Nagel auf den Kopf.

Neue Bilder

Die Kraft der Politik wächst mit den Bildern, die sie beschreibt – Bilder von einer besseren Zukunft. Es gilt die Stimmung zu drehen, damit im Land wieder mehr investiert wird, aber auch, damit die Menschen wieder mehr verdienen, um die Lebensqualität und die Nachfrage zu stärken. Das sind Leitlinien, die der neue Bundeskanzler formuliert, wenn er seine Schwerpunkte vorstellt. Was auffällt ist, dass alle Bilder einen positiven Blick in die Zukunft zeigen und damit die Hoffnung einer Vielzahl von Menschen nähren sollen, die heute Angst haben, dass die Zukunftschancen ihrer Kinder schwinden.

„Positive Bilder sind ein zentraler Bestandteil des Neustarts.“

Diese Bilder sind wichtig in der schwierigen Ausgangslage, denn sie tragen gemeinsam mit dem neuen Stil den Inhalt der Botschaften zu den Menschen.

Neues Programm

Mit neuem Stil und neuen Bildern, die die großen inhaltlichen Linien tragen, ist es aber noch nicht getan. Es braucht auch ein politisches Programm, das umgesetzt wird und wirkungsvoll ist. Denn die Erwartungshaltung ist sehr hoch und die Zeit bis zur nächsten Nationalratswahl kurz. Die Sozialdemokratie in Österreich hat sich vorgenommen,

DER AUTOR:

Georg Hubmann ist Leiter des Marie Jahoda – Otto Bauer Instituts. Hier wird am Dialog von Wissenschaft und Politik gearbeitet. www.jbi.or.at



am nächsten ordentlichen Parteitag im November 2016 ein neues Programm zu verabschieden. Die bisherige Arbeit am Programm verlief trotz hoher Ziele und Ansprüche schwerfällig und lustlos.

Der Zwischenstand der inhaltlichen Diskussion ist mehr eine pragmatische Zusammenfassung von vielen wichtigen Einzelmaßnahmen, die in Forderungspapieren oder Anträgen auf Parteitag immer wieder vorgebracht wurden. Was hier noch völlig fehlt, ist die Vision für eine bessere Zukunft. Es braucht die Beschreibung für einen neuen Weg, der Menschen ein besseres Leben in Österreich ermöglicht. Dabei sollen die rasanten Veränderungen in der Gesellschaft soweit antizipiert werden, dass klar ist, dass diese Forderungen und Ideen ein tragfähiges ideologisches Fundament für die Zukunft bilden.

Das Projekt „Parteiprogramm neu“ braucht wohl genauso einen Neustart wie die Partei selbst, denn es wird an der Erwartungshaltung, die der neue Parteivorsitzende entfacht hat, gemessen werden. Es muss zu seinen Grundsätzen, den von ihm verwendeten Bildern und dem neuen Stil passen. Die Chance liegt darin, unter den positiven Signalen, die vom neuen Vorsitzenden ausgehen, eine breite Debatte zu entfachen, wie sozialdemokratische Konzepte im 21. Jahrhundert aussehen können. Es braucht eine klare Vorstellung, wie ein „New Deal“ für

Österreich und Europa aussehen kann und wie man als Sozialdemokratie wieder Themenführerschaft im wirtschaftsliberal geprägten gesellschaftlichen Diskurs gewinnen kann.

Kurs halten und umsetzen

Ein guter Anfang mit neuem Stil, neuen Bildern und neuem Programm, das lässt viele Menschen Hoffnung schöpfen. Nun gilt es, diesen Kurs zu halten und umzusetzen. Das wird kein leichter Weg, denn es werden nicht nur Kompromisse mit dem Regierungspartner notwendig sein. Es muss auch ein schwieriger Spagat gelingen: Wer eine positive Stimmung im Land schaffen will, muss für UnternehmerInnen ein Klima schaffen, das Investitionen fördert und auch bessere Bedingungen für ArbeitnehmerInnen. Die Auflösung dieser scheinbaren Gegensätze wird in der Diskussion über konkrete Maßnahmen für Unstimmigkeiten auf der einen wie auf der anderen Seite sorgen. Es muss Bundeskanzler Christian Kern also gelingen, die großen Bilder immer voranzustellen, wenn einzelne Gesetze beschlossen wer-



Die Chancen stehen gut für den Neustart in eine bessere Zukunft.

den, damit immer klar bleibt, dass der Kurs stimmt. Auch wenn Widerspruch und Zuspruch innerhalb der Sozialdemokratie auftauchen gilt es stets klar zu sagen, wohin die Sozialdemokraten in diesem Land wollen und wie diese Ziele

erreicht werden können. Das Hick-Hack der Tages- und Klientelpolitik hintanstellen und den Blick freimachen auf eine bessere Zukunft, so kann ein Neustart gelingen! Die Chancen dafür sind gut, es liegt an uns allen, dass es gelingt.

SPARKASSE 
Oberösterreich
Was zählt, sind die Menschen.

NAHVERSORGER.

FÜR UNS ZÄHLEN DIE REGION UND DIE MENSCHEN, DIE AN MORGEN DENKEN.

Maximilian Pointner
Vorstandsdirektor

Herbert Walzhofer
Vorstandsdirektor

Dr. Michael Rockenschaub
Vorstandsvorsitzender

„Wir haben es verabsäumt, mitreißende Ideen anzubieten“

Wie soll sich die Organisation der SPÖ Oberösterreich entwickeln?

Welche Themen sollen aufgegriffen werden? Mit diesen Fragen konfrontierte

der Bildungskurier Führungskräfte in der Partei und bat sie, ihre Antworten zu formulieren.

ALOIS STÖGER

Was will die österreichische Sozialdemokratie und wofür steht sie? In den vergangenen Jahren war das nicht immer klar und deutlich erkennbar. Statt fundierter sozialdemokratischer Politik haben die ÖsterreicherInnen oftmals viele verschiedene Meinungen in unserer Bewegung wahrgenommen. Unsere Ansichten erschienen den Menschen angesichts rechter Scheinlösungen und aggressiver konservativer Politik als lediglich bewahrend. Wir haben es verabsäumt mitreißende und neue Ideen anzubieten.

Mit unserem neuen Vorsitzenden Bundeskanzler Christian Kern werden wir uns mit neuem Schwung und mit Kreativität den Themen widmen, die für

„Die österreichische Sozialdemokratie hat die Karten neu gemischt.“

die ÖsterreicherInnen wirklich wichtig sind: Arbeit, Bildung, Wohnen, soziale Absicherung und Integration. Auf diese brennenden Fragen unserer Zeit haben wir sozialdemokratische Antworten zu finden. Es gilt nun Vorschläge zu erarbeiten, die an die veränderten Lebensrealitäten und Arbeitswelten angepasst sind. Unser Ziel in der Bundes- und Landesregierung muss sein, den Menschen Hoffnung zu geben und nicht, Zukunftsängste zu schüren.

DER AUTOR:

Alois Stöger
ist Bundesminister für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz.



Manchmal muss man einen Schritt zurücktreten, um das große Ganze zu sehen. Auch in Oberösterreich sind wir gerade dabei uns neu aufzustellen und ich habe dabei größtes Vertrauen in Johann Kalliauer. Die SPÖ hat jetzt die einmalige Chance, mit einer neuen Politik alte Probleme zu lösen. Ich bin sicher, wir finden genug Ideen und besitzen die Ausdauer, um das auch zu schaffen.

CHRISTIAN MAKOR

„Unsere Argumente müssen mit Leben ausgefüllt werden.“

Die historischen Stärken der SPÖ waren stets ihre breite Mitgliederbasis und die feste Verankerung in der arbeitenden Bevölkerung. Diese Stärken bilden gemeinsam mit den sozialdemokratischen Grundwerten das Fundament unserer Partei. Wenn dieses Fundament zu erodieren droht, dann müssen wir gegensteuern. Ich bin der festen Überzeugung, dass wir uns öffnen und das Band zwischen ArbeitnehmerInnen und SPÖ neu knüpfen sollten. Der Weg dahin führt über neue, attraktive Zugänge zu Mitarbeit, Mitgliedschaft und Funktionärswesen. Die Aufgabe der Öffnung nach außen können nicht einzelne übernehmen. Jeder Teil der Sozialdemokratie ist gefordert, den Kreis zu erweitern. Nur so kann die Sozialdemokratie die Breite zurückerhalten,

um gesellschaftliche Werte und Ideale auch in der Realität leben zu können.

Die Themenauswahl muss beide Kriterien erfüllen: Sowohl die ideologisch-inhaltliche Positionierung wie auch die aktuell-reale Bedürfnislage der Bevölkerung. Idealerweise muss die Sozialdemokratie dabei die konkreten Gesellschaftsthemen von Arbeitslosigkeit und Kleinstverdienern über Bildungschancen für Kinder und Jugendliche bis hin zu den hohen Wohnkosten und natürlich den

DER AUTOR:

Christian Makor
ist Klubvorsitzender der SPÖ im oberösterreichischen Landtag.



Herausforderungen im Integrationsbereich ansprechen. Sozialdemokratische Inhalte müssen dabei stets anschlussfähig für möglichst alle Mitglieder der Gesellschaft bleiben – durch Bilder und reale Beispiele, wie sie die OberösterreicherInnen tatsächlich erleben. Denn nicht nur Fakten, sondern die Erlebnisse der Bevölkerung öffnen die Türen zu einer sozialdemokratischen Gesellschaft.

Unsere Gesellschaft hat sich in den vergangenen Jahrzehnten stark gewandelt. Neue sozioökonomische Gruppen sind entstanden, andere sind verschwunden. Beides hat positive aber auch negative Folgen für die Menschen mit sich gebracht. Unsichere Arbeitsplätze, hoher Leistungsdruck und jahrelange Reallohnverluste sind leider für viele Realität und damit die Schattenseiten dieser Entwicklung. Die lebenslange Identität, die automatisch zu einer bestimmten Partei tendiert, gibt es nicht mehr. Daher müssen wir organisatorisch an die neu entstandenen sozioökonomischen Gruppen Anschluss finden und verlorene, ehemalige Unterstützer zurückgewinnen. Das schaffen wir, indem wir die Partei sind, die die Lebensrealitäten der breiten Bevölkerung am besten kennt und daher ehrliche und brauchbare Lösungen anbieten kann.

Die Entscheidungsprozesse innerhalb der Partei müssen für die FunktionärInnen nachvollziehbar sein – sowohl personell als auch inhaltlich. Nur so können die Menschen vor Ort, die tagtäglich Gemeinderatsarbeit betreiben, auch wieder hinter der SPÖ Oberösterreich stehen. Auf der anderen Seite hat sich die SPÖ mit dem Wegbrechen breiter Wählerschichten in Richtung Kaderpartei entwickelt: die FunktionärInnen rücken enger zusammen, man bleibt häufig unter sich, und der Kontakt zur Basis inner- und außerhalb der Partei geht verloren. Dem muss gegengesteuert werden!

Fast jede/r hat Angst, irgendetwas zu verlieren: den Job, die Wohnung, die

GERDA WEICHSLER-HAUER

„Wir müssen unsere Tore für unkonventionelle Formen der Beteiligung öffnen und Kreativität zulassen.“

In der Gesellschaft sind derzeit Abstiegsängste bis weit hinein in die Mittelschichten deutlich zu spüren. Die Leute fragen sich, ob sie ihren Lebensstandard halten können und ob es ihre Kinder überhaupt einmal besser haben werden – so wie es bei der Großeltern- und Elterngeneration noch der Fall war. Die SPÖ muss daher wieder Visionen verkörpern und als die Partei des sozialen Aufstiegs klar erkennbar sein. Die Themen liegen auf der Hand: zukunftsfähige Arbeitsplätze schaffen, Wohnen dauerhaft leistbar

SABINE PROMBERGER

„Abstiegsängste dominieren Politik und Medien.“

soziale Sicherheit. Hier muss es der Linken gelingen, den Diskurs zu drehen. Denn nur wer Chancen sieht, wählt progressiv. Themen wie gute Ausbildung für Kinder und Jugendliche, leistbare Wohnungen, ein Einkommen, von dem man/frau leben kann, haben für mich hohe Priorität. Allerdings haben sich die Bedürfnisse von Frauen und Männern in den vergangenen 50 Jahren verändert. Mit alten Floskeln kommen wir hier nicht mehr durch. Dafür müssen

DIE AUTORIN:

Gerda Weichsler-Hauer ist Dritte Landtagspräsidentin in Oberösterreich.



machen, Pflege im Alter sichern, die Herausforderungen der Integration meistern und ein faires Bildungssystem als Sprungbrett zum sozialen Aufstieg für alle schaffen. In Oberösterreich gilt es, unsere Konzepte der schwarzblauen Regierungspolitik als lösungsorientierte Alternative entgegenzustellen. Dabei ist es wichtig, stets ehrliches Verständnis für real existierende Probleme zu zeigen, Vertrauen herzustellen und die Menschen bei der Problemlösung emotional mitzunehmen.

DIE AUTORIN:

Sabine Promberger ist Landtagsabgeordnete und Vorsitzende der SPÖ-Frauen in Oberösterreich.



wir aktiv auf die Menschen zugehen und ihnen zuhören. Das gilt ebenso für Themen, die in einem größeren Kontext zu sehen sind und daher auch oft schwerer vermittelbar sind, wie TTIP, CETA oder die Quotendiskussion. Wir müssen auch wieder eine Sprache finden, die die Bevölkerung tatsächlich versteht.

Die SPÖ braucht Visionen

Noch weiß man nicht, ob Christian Kern und die SPÖ die notwendige Neuerfindung der Partei schaffen werden. Voraussetzung dafür ist die Bereitschaft der FunktionärInnen, sich dafür einzusetzen.

BERND DOBESBERGER

Die Stimmung innerhalb der SPÖ war in den letzten Monaten ganz schlecht. Wer mit FunktionärInnen oder mit Mitgliedern sprach, wusste das. Mit dem Ruf nach „Geschlossenheit“ wurde von der Parteiführung jede Diskussion und jede Kritik niedergebügelt. Nach dem miserablen Abschneiden beim ersten Wahlgang der Bundespräsidentenwahl kamen aber zu viele Dinge zusammen: Am 1. Mai in Wien buhten und piffen deutlich mehr als eine kleine Gruppe den eigenen Bundesparteivorsitzenden gnadenlos aus. Immer mehr führende Funktionäre von Landesparteien erkannten, dass sie mit dieser Bundesparteiführung niemals eine Wahl würden gewinnen können.

Loyalität und Widerspruch

Der Rückhalt von Werner Faymann in der Öffentlichkeit war vollständig aufgebraucht. Nachdem in seinem Führungssystem Diskussionen nicht vorgelesen waren, sondern nur Geschlossenheit und Zustimmung, konnte die Lage der Parteiführung auch nicht diskutiert werden. Der Rücktritt des Vorsitzenden kam einem Aufstand zuvor – Faymann hatte einsehen müssen, dass er sich nicht an der Spitze halten konnte. Es ist durchaus auch symptomatisch, dass es keine NachfolgekandidatInnen im Bereich der breiteren Parteiführung gab. Auch das macht den schlechten Zustand der SPÖ deutlich, denn alle Nachfolger des ersten Bundesparteivorsitzenden Adolf Schärfer in der zweiten Republik (Pittermann, Kreisky, Sinowatz, Vranitzky, Klima, Gusenbauer, Faymann) waren vor ihrer Wahl zum Vorsitzenden entweder Klubvorsitzende, Minister oder Bundesgeschäftsführer der Partei.

Diese negative Beschreibung des Zustands der Partei und ihrer Politik ist keine Nestbeschmutzung. Der neue Bundeskanzler und designierte Parteivorsitzende hat in seiner Antrittspressekonferenz am 17. Mai 2016 über die Regierung und die Partei Folgendes wörtlich gesagt: „Wenn wir dieses Schauspiel weiter

liefern, ein Schauspiel der Machtversessenheit und der Zukunftsvergessenheit, dann haben wir nur noch wenige Monate bis zum endgültigen Aufprall. Wenige Monate, bis das Vertrauen und die Zustimmung in der Bevölkerung restlos verbraucht sind. Ich kann Ihnen sagen, mir ist es so gegangen, wie Ihnen. Nach jeder Pleite, nach jeder Panne, nach jeder Niederlage zu hören: „Wir müssen in den Gremien beraten und die Leute da draußen...“ Und ich weiß nicht, was für Formeln es alle gibt. Mir ist es genauso gegangen wie Ihnen als Staatsbürger. Ich konnte das schlicht und einfach nicht mehr hören.“

Geschlossenheit hat den Zustand der Partei und ihre Politik nicht verbessert, das Weitermachen fast bis zum „Aufprall“ wurde damit möglich. Eine erfolgreiche Partei braucht Loyalität und Widerspruch, Aufbegehren und Unterordnung, Kritik und Einmütigkeit. Eine gute Parteiführung ruft zu all dem auf, eine erfolgreiche Parteiführung hat all das.

Pragmatismus ist zu wenig

Franz Vranitzky wurde die Aussage „Wer Visionen hat, sollte zum Arzt gehen“ zugeschrieben, er hat das aber stets

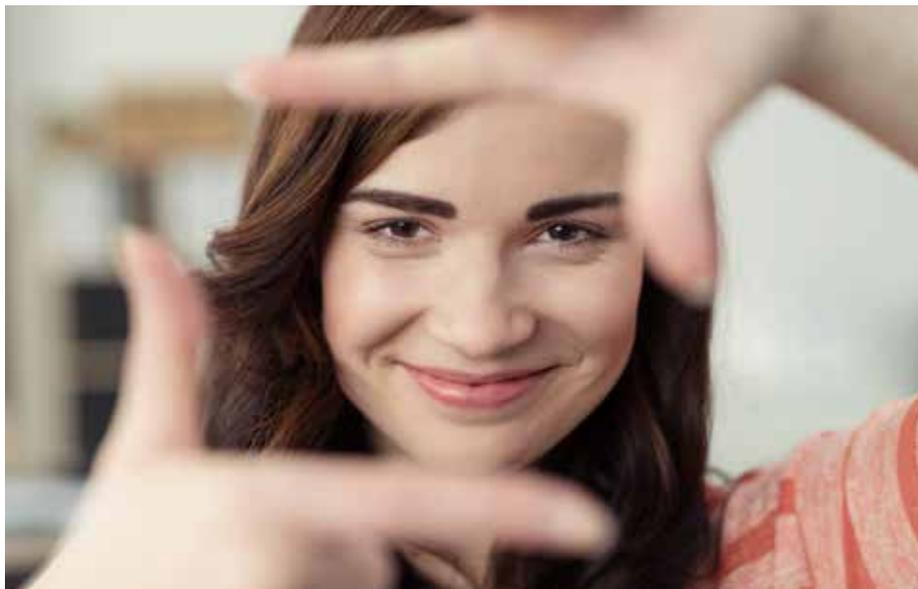
DER AUTOR:

Bernd Dobesberger ist Landesbildungsvorsitzender der SPÖ Oberösterreich und Chefredakteur des Bildungskuriers.



dementiert. Helmut Schmidt, deutscher SPD-Kanzler in den 1970er und 1980er Jahren hat diese Aussage aber tatsächlich gemacht. Gemeint war damit, dass es in der Politik nicht um die großen Zukunftsvorstellungen gehen kann und soll, sondern um das Machbare, das tatsächlich Umsetzbare. Der nächste Schritt zählt und dann wieder der nächste Schritt usw.

„Die ersten Auftritte und Ankündigungen des neuen Bundeskanzlers lassen Hoffnung keimen!“



Welches Bild hat die Sozialdemokratie von der Zukunft?

Und jetzt kommt Christian Kern und sagt in seiner ersten Rede im Nationalrat: „Wer keine Visionen hat, der braucht einen Arzt!“ Dem ist aus zwei Gründen zuzustimmen.

Es geht beim nächsten Schritt immer darum, in welche Richtung dieser Schritt denn gesetzt werden soll und muss. Damit ist klar, dass ich davon ein Bild haben muss, wie denn die Zukunft aussehen soll, denn nur damit wird die Richtung der konkreten politischen Schritte bestimmt. In den siebziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts (Schmidt sagte den zitierten Satz 1980) konnte man noch glauben (und hoffen), dass die kontinuierliche Steigerung des Lebensstandards aller und die begonnene Demokratisierung selbstverständlich mit den Schritten weitergehen würden. Und dass Visionen deshalb unnötig wären.

Diese scheinbar selbstverständlichen Gewissheiten sind seit damals weitgehend verschwunden. Geblieben ist in der Sozialdemokratie ein sehr kurzatmiges Politikverständnis. Mit dem Argument: „Wir fordern nichts, was wir

nicht erreichen können“, versuchte die Partei sich ein absolutes Macherimage aufzubauen. Das Geforderte und Gemachte wirkten daher einerseits oft beliebig und richtungslos, andererseits war es für WählerInnen dann wieder unverständlich, denn es fehlte ja der große Zusammenhang. Es blieb als Botschaft der Sozialdemokratie, dass ohne uns alles viel schlimmer kommen würde. Ohne es zu wollen transportierte die SPÖ damit

„Visionen bestimmen die politische Richtung!“

eine Vision: „Wir stehen für den Status quo!“ Eine wachsende Zahl von Menschen empfindet den Status quo aber als Bedrohung, das ist für eine wahlwerbende Partei eine schlechte Vision.

Die herrschenden gesellschaftlichen Verhältnisse sind von Brüchen geprägt. Die Arbeitswelt wird sich durch die Digitalisierung weiter stark ändern. Die

Ungleichheit zwischen Arm und Reich nimmt massiv zu. Der Sozialstaat ist angeblich nicht mehr weiter finanzierbar. Die Zuwanderung von tausenden Asylsuchenden wird Europa verändern. Der Klimawandel wird deutliche Auswirkungen auf unser Leben haben. Diese Auflistung könnte noch ganz lange fortgesetzt werden. Die Umbrüche werden neue Formen des Lebens, des Wirtschaftens, des Arbeitens, der Bildung, der Politik etc. hervorbringen. Und deshalb brauchen wir gerade jetzt eine sozialdemokratische Vision davon, wie die Gesellschaft in der Zukunft aussehen soll.

Damit bekommt praktische Politik einen Kompass, um die konkreten politischen Schritte in die richtige Richtung setzen zu können. Sozialdemokratische Visionen sind übrigens keine Sammlungen von Wünschen ans politische Christkind, sondern es geht darum, umfassende gesellschaftliche Zielvorstellungen des Möglichen, Wünschenswerten und Notwendigen zu erarbeiten. Und das wiederum braucht nicht nur Fantasie, das braucht auch Fakten.

Da für ganz Österreich.

ArbeitnehmerInnen und PensionistInnen,
genauso wie Jugendliche, SchülerInnen,
Lehrlinge und StudentInnen -
die SPARDA-BANK ist für uns alle da.



SPARDABANK

www.sparda.at

DA FÜR DICH.

Renner Institut OÖ

Exkursion in die Gedenkstätte Mauthausen

Die Auseinandersetzung mit unserer Geschichte ist notwendig, um aktuelle Entwicklungen analysieren und bewerten zu können. Die Gedenkstätte Mauthausen ist der größte Lernort in Bezug auf die Zeit des Nationalsozialismus. Mehr als 200.000 Menschen waren von 1938 bis 1945 dort inhaftiert, mehr als die Hälfte überlebte die Gräueltaten des KZ nicht. 30 TeilnehmerInnen nutzten das Angebot der Begleitung durch das Gelände des ehemaligen Konzentrationslagers mit Mauthausen Guide Sabine Schatz. Im Anschluss fand ein Zeitzeuginnengespräch mit Anna Hackl statt. Ihre Familie hatte Anfang 1945 zwei entflozene



Häftlinge der so genannten „Mühlviertler Hasenjagd“ gerettet und unter Bedrohung ihres eigenen Lebens bis zur Befreiung im Mai 1945 versteckt.

Kurswechsel 02/2016:

Digitale Arbeit und Plattformkapitalismus

Ob Sharing-Economy, Crowdsourcing oder on-demand Dienstleistungen: neue Schlagworte prägen die Debatte rund um die moderne Arbeitswelt, die sich vorwiegend auf Internet-

plattformen abspielt. Was meinen diese Begriffe? Welche Auswirkungen haben die Entwicklungen für ArbeitnehmerInnen und wie können sie sich dagegen zur Wehr setzen?

Um diese Fragen zu beantworten, vereint dieser Kurswechsel Perspektiven aus Sozialwissenschaft, Arbeitsrecht und öffentlicher Hand auf das relativ neue Phänomen digitale Arbeit. Für theoretisch wie praktisch Interessierte gleichermaßen empfehlenswert!

Der „Kurswechsel 02/2016“

kann unter <http://www.beigewum.at/bestellungen/> zum Preis von 10,50 € + Versandkosten bestellt werden.



Marie Jahoda – Otto Bauer Institut

Brennpunkt Langzeitbeschäftigungslosigkeit

Seit Ausbruch der Finanz- und Wirtschaftskrise steigt die Arbeitslosigkeit stetig an. Kaum wahrgenommen wird dabei der massive Anstieg der Langzeitbeschäftigungslosigkeit. Waren im Vorkrisenjahr 2008 in Oberösterreich 3.967 Personen langzeitbeschäftigungslos, vervierfachte sich diese Zahl bis 2015 beinahe und stieg auf 15.560.

Langzeitarbeitslosigkeit betrifft hauptsächlich Menschen, die wenig beschäftigungsfähig und oftmals mehrfach benachteiligt sind. So haben geringqualifizierte Personen und Drittstaatsangehörige in der Europäischen Union ein doppelt so hohes Risiko, langzeitarbeitslos zu werden. Umso wichtiger ist es bei der Senkung der Langzeitbeschäftigungslosigkeit neben konjunkturbelebenden Maßnahmen auch aktive Arbeitsmarktpolitik zu betreiben. Sinnvolle (Um)schulungsmaßnahmen, vermehrte öffentliche Beschäftigungsangebote und sozialökonomische Betriebe können für Langzeitbeschäftigungslose würdevolle Perspektiven eröffnen.

Wer hat das größte Risiko
1 Jahr und länger arbeitslos
zu sein?

- Menschen mit gesundheitlichen Beeinträchtigungen
- ältere Menschen
- gering Qualifizierte
- Menschen aus Drittstaaten



Quelle: BALI web / AMS

Alle Fakten und Argumente dazu findest du in den aktuellen Perspektiven unter: www.jbi.or.at/perspektiven

Renner Institut Bund

Zwei weitere Top-Politikerinnen

gibt es nun in der SP Oberösterreich. Vizebürgermeisterin Dr.in Sabine Naderer-Jelinek aus Leonding und GRin Eva Fohringer, Bezirksfrauenvorsitzende von Grieskirchen/Eferding haben den Top-Lehrgang für Politikerinnen des Renner-Instituts erfolgreich abgeschlossen und können damit in der täglichen politischen Arbeit auf wertvolles Rüstzeug zurückgreifen. Ex-Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek und SWV OÖ-Präsidentin Doris Margreiter für die SP Frauen OÖ gratulierten sehr herzlich. Der Lehrgang richtet sich an neue Mandatarinnen auf Landes- und Bundesebene sowie Bürgermeisterinnen, Vizebürgermeisterinnen und Stadträtinnen aus größeren Städten und findet jedes Jahr großen Anklang.



Foto: Astriel Knie

SPÖ Frühlings-Info

Schwarz-blauer Pakt, Bedarfsorientierte Mindestsicherung, CETA&TTIP



Die Auseinandersetzung mit inhaltlich-politischen Themen ist in der SPÖ OÖ stark nachgefragt.

Als sehr erfolgreich erweisen sich die Informationsabende zu aktuellen politischen Themen. Was im Sommer 2015 begonnen hat, um die FunktionärInnen und Mitglieder vor der Wahl auf den jeweils aktuellen Diskussionsstand zu bringen, wurde fortgesetzt und erfreut sich großen Zuspruchs. Im Frühling beschäftigten sich der Sozialexperte Rudi Moser mit dem „Schwarz-blauen Regierungsprogramm“ und der Sozialressort-Mitarbeiter Hannes Halak mit der Bedarfsorientierten Mindestsicherung.

In einer Stunde werden von den ReferentInnen Antworten auf die 10 häufigst gestellten Fragen zum Thema gegeben. Dadurch werden Missverständnisse und Vorurteile aus dem Weg geräumt und Klarheit geschaffen. Eine gute Basis, um bei Stammtisch-Diskussionen optimal agieren zu können. Als Sommer-Info folgt u. a. ein Abend mit Gernot Almesberger zu den Freihandelsabkommen CETA und TTIP.

Sozialistische Jugend OÖ

Die antifaschistische Alpeninternationale 2016

Das traditionelle Antifa-Seminar der SJ wurde heuer aufgrund der aktuellen politischen Situation um einige Programmpunkte erweitert und fand mit internationaler Beteiligung als „antifaschistische Alpeninternationale“ statt. Dabei wurde das Europacamp am Attersee wieder zum Austragungsort eines Netzwerktreffens gegen Rechts. Bei über 20 verschiedenen Workshops und einem tollen Rahmenprogramm konnten sich die BesucherInnen zu Themen wie „Faschismustheorien“ oder „Aktionismus gegen Rechts“ informieren. Vor allem der Austausch mit den GenossInnen aus der Schweiz und Deutschland stand dabei im Vordergrund. Ein wichtiger Punkt des Seminars war natürlich auch die Befreiungsfeier im ehemaligen KZ-Mauthausen. Gemeinsam mit zahlreichen anderen Jugendorganisationen konnten wir dabei wieder ein starkes Zeichen setzen. Unter dem Motto „Kein Mensch darf mehr im Mittelmeer



untergehen“ machten wir auf die 1357 Menschen aufmerksam, die seit Beginn des Jahres im Mittelmeer ertrunken sind.

SPÖ Oberösterreich

Frühlingswerkstatt 2016

„Wir träumen einen Traum von einer besseren Welt“ – unter diesem Motto stand die Frühlingswerkstatt 2016 in Spital am Pyhrn.

Begonnen wurde am Freitag Abend mit einer Alptraum-Wanderung, bei der die thematischen Schwerpunkte wie Armut, Pflege, Umverteilung oder Flüchtlinge von ihrer problematischen Seite her betrachtet wurden. Am Samstag und Sonntag ging es daran, Lösungsoptionen zu finden und mit einem sozialdemokratischen Politikverständnis die Welt besser zu machen. Dabei wurden die engagierten TeilnehmerInnen der Frühlingswerkstatt von Sepp Wall-Strasser (ÖGB Bildungssekretär), Christian Makor (SPÖ Klubobmann) und Hans Kalliauer (SPÖ Landesparteivorsitzender) kräftig unterstützt.

„Die Frühlingswerkstatt hat es dank der hervorragenden ReferentInnen sowie des interessierten und aktiven Publikums wieder geschafft, inhaltlich und profund über Politik zu reden und neue Wege aufzuzeigen,“ ist Landesbildungsvorsitzender Bernd Dobesberger zufrieden mit dem Verlauf und dem Output der Frühlingswerkstatt.

Diskussionen, politische Inhalte, Vernetzung und auch Spaß sind die Säulen der Frühlingswerkstatt.



Manuel Kreuzer (GVV), Fiona Kaiser (SJ), Hans Kalliauer (SPÖ OÖ), Annemarie Obermüller (Renner Institut) und Bernd Dobesberger (Landesbildungsorganisation) freuen sich über die positiven Rückmeldungen zur Frühlingswerkstatt.



SPÖ Landtagsklub Oberösterreich

SPÖ-Klub und Vertreter der Zivilgesellschaft warnen vor bevorstehendem CETA-Verhandlungsabschluss

50 Personen nahmen am 5. April am CETA/TTIP-Workshop im ASKÖ-Center Linz teil. EU-Experte und Parlamentsmitarbeiter MMag. Florian Steininger gab den versammelten VertreterInnen des SPÖ-Landtagsklubs und der oberösterreichi-

schen Zivilgesellschaft tiefe fachliche Einblicke. „Vor allem bei CETA steht der Verhandlungsabschluss schon im Frühsommer bevor. Das gefährliche Abkommen droht ganz Europa politische Fesseln anzulegen und führt zu Fremdbestimmung nach dem Willen von Großkonzernen“, warnt SPÖ-Klubvorsitzender Christian Makor.

Warum CETA so gefährlich ist? Weil dieses komplexe Handelsabkommen zwischen der EU und Kanada Sonderklauseln für Konzerne umfasst, mit der die nationale Gerichtsbarkeit umgangen werden kann. Damit aber nicht genug – es enthält auch eine „Stillstands-Klausel“, was inhaltlich bedeutet, dass Bereiche, die derzeit marktwirtschaftlich organisiert sind, in der Zukunft nicht stärker reglementiert werden dürfen. „Da geht es auch um Fragen, ob gefährliche Inhaltsstoffe in Nahrungsmitteln oder Kinderspielzeug verboten werden dürfen.“

Diese wichtigen Entscheidungen müssen national regelbar bleiben, ohne dass Konzerne mit Milliardenklagen Druck ausüben können“, fordert Makor. Die zentrale Herausforderung für Österreich ist daher, dass Wirtschaftsminister und Vizekanzler Mitterlehner dem CETA-Vertrag in Brüssel nicht zustimmt.



Der SPÖ-Landtagsklub setzt sich gemeinsam mit der „Initiativplattform TTIP stoppen!“ und der Zivilgesellschaft gegen die demokratiefeindliche Installierung der Freihandelsabkommen CETA und TTIP ein.